

Ansprache Wladimir Putins vom 21. Februar 2022

zur Rechtfertigung der Anerkennung der Unabhängigkeit der Republiken Donetsk und Luhansk im von Separatisten besetzten Teil des Donbass¹

Liebe Bürgerinnen und Bürger Russlands! Liebe Freunde!

Das Thema meiner Rede sind die Ereignisse in der Ukraine und warum diese für uns, für Russland, so wichtig sind. Meine Ansprache richtet sich natürlich auch an unsere Landsleute in der Ukraine.

Ich werde mich ausführlich und detailliert äußern müssen. Das Problem ist sehr ernst. Die Lage im Donbass ist erneut kritisch und akut geworden. Und heute wende ich mich direkt an Sie, nicht nur um zu bewerten, was geschieht, sondern auch um Sie über die Entscheidungen, die getroffen werden, und mögliche weitere Schritte in diese Richtung zu informieren.

Ich möchte noch einmal betonen, dass die Ukraine für uns nicht nur ein Nachbarland ist. Sie ist ein integraler Bestandteil unserer eigenen Geschichte, Kultur und unseres spirituellen Raums. Es sind unsere Freunde, unsere Verwandten, nicht nur Kollegen, Freunde und ehemalige Arbeitskollegen, sondern auch unsere Verwandten und engen Familienmitglieder.

Seit der Antike nennen sich die Bewohner der südwestlichen historischen Gebiete des alten Russlands Russen und orthodoxe Christen. Jahrhunderte, als ein Teil dieser Gebiete mit dem russischen Staat wiedervereinigt wurde, und auch danach war das so.

Es scheint uns, dass wir im Prinzip alle wissen, dass wir über bekannte Tatsachen sprechen. Um jedoch zu verstehen, was heute geschieht, um die Motive des russischen Handelns und die Ziele, die wir uns gesetzt haben, zu erklären, ist es notwendig, zumindest ein paar Worte über die Geschichte des Themas zu verlieren.

Lassen Sie mich mit der Tatsache beginnen, dass die moderne Ukraine vollständig von Russland geschaffen wurde, genauer gesagt, vom bolschewistischen, kommunistischen Russland. Dieser Prozess begann fast unmittelbar nach der Revolution von 1917, und Lenin und seine Mitstreiter taten dies auf eine sehr grobe Art und Weise mit Russland selbst – durch Abspaltung, indem sie ihm einen Teil seiner eigenen historischen Territorien entrissen. Natürlich hat niemand die Millionen von Menschen, die dort lebten, nach irgendetwas gefragt.

Am Vorabend und nach dem Großen Vaterländischen Krieg annektierte Stalin bereits einige Gebiete, die zuvor zu Polen, Rumänien und Ungarn gehörten, an die UdSSR

¹ Quelle: <https://plus.tagesspiegel.de/politik/vor-der-ukraine-invasion-putins-rede-an-das-volk-im-wort-laut-401380.html>; in dieser Dokumentation sind Zitate Putins als zusammenfassende Zwischenüberschriften enthalten, die ich für entbehrlich halte und daher aus Platzgründen ausgespart habe.

und übertrug sie der Ukraine. Als eine Art Entschädigung gab Stalin Polen einige seiner angestammten deutschen Gebiete, und 1954 nahm Chruschtschow Russland aus irgendeinem Grund die Krim weg und gab sie der Ukraine. Auf diese Weise entstand das Gebiet der sowjetischen Ukraine.

Aber jetzt möchte ich der Anfangszeit der Gründung der UdSSR besondere Aufmerksamkeit schenken. Ich denke, das ist sehr wichtig für uns. Wir werden, wie man so schön sagt, aus der Ferne gehen müssen.

Ich möchte daran erinnern, dass die Bolschewiki nach dem Oktoberputsch von 1917 und dem anschließenden Bürgerkrieg mit dem Aufbau eines neuen Staatswesens begannen, und dass es zwischen ihnen einige Meinungsverschiedenheiten gab. Stalin, der 1922 die Ämter des Generalsekretärs des Zentralkomitees der RKP und des Volkskommissars für Nationalitäten in Personalunion bekleidete, schlug vor, das Land nach den Grundsätzen der Autonomisierung aufzubauen, d. h. den Republiken – den künftigen administrativ-territorialen Einheiten – bei ihrem Beitritt zum Einheitsstaat weitreichende Befugnisse zu übertragen.

Lenin kritisierte diesen Plan und schlug vor, den Nationalisten, wie er sie damals nannte, Zugeständnisse zu machen – den „Unabhängigen“. Es waren Lenins Vorstellungen von einer im Wesentlichen konföderativen Staatsstruktur und dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung bis hin zur Sezession, die die Grundlage der sowjetischen Staatlichkeit bildeten: zunächst 1922 in der Erklärung über die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und später, nach Lenins Tod, in der Verfassung der UdSSR von 1924.

Hier stellen sich sofort viele Fragen. Und die erste von diesen Fragen ist in der Tat die wichtigste: Warum war es notwendig, alle grenzenlos wachsenden nationalistischen Ambitionen an den Rändern des ehemaligen Reiches zu befriedigen? Übertragung riesiger, oft zusammenhangloser Gebiete auf die neu gebildeten und oft willkürlich gebildeten Verwaltungseinheiten – Unionsrepubliken. Ich wiederhole: zusammen mit der Bevölkerung des historischen Russlands.

Darüber hinaus erhielten diese Verwaltungseinheiten faktisch den Status und die Form nationaler staatlicher Einheiten. Wieder einmal frage ich mich: Warum war es notwendig, so großzügige Geschenke zu machen, von denen die Nationalisten nicht einmal geträumt hatten, und den Republiken das Recht einzuräumen, sich ohne Bedingungen vom Einheitsstaat abzuspalten?

Auf den ersten Blick ist das völlig unverständlich, das ist Wahnsinn. Aber das ist nur auf den ersten Blick so. Dafür gibt es eine Erklärung. Nach der Revolution bestand die Hauptaufgabe der Bolschewiki darin, die Macht zu behalten, und zwar um jeden Preis. Dafür haben sie alles getan: die demütigenden Bedingungen des Brest-Litowsker Vertrages zu einer Zeit angenommen, in der sich das kaiserliche Deutschland und seine Verbündeten in der schwierigsten militärischen und wirtschaftlichen Lage befanden

und der Ausgang des Ersten Weltkrieges eigentlich vorherbestimmt war, und um allen Forderungen, allen Wünschen der Nationalisten im Inneren des Landes nachzukommen.

Unter dem Gesichtspunkt des historischen Schicksals Russlands und seiner Völker waren die leninistischen Prinzipien der Staatsbildung nicht nur ein Fehler, sondern, wie man sagt, viel schlimmer als ein Fehler. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR im Jahr 1991 wurde dies ganz deutlich.

Natürlich können die Ereignisse der Vergangenheit nicht geändert werden, aber wir müssen zumindest direkt und ehrlich, ohne Vorbehalte und ohne politische Färbung über sie sprechen. Ich kann nur hinzufügen, dass die Erwägungen der aktuellen politischen Situation, so spektakulär und vorteilhaft sie auch zu einem bestimmten Zeitpunkt erscheinen mögen, keinesfalls die Grundlage für die Grundprinzipien der Staatlichkeit bilden dürfen und können.

Ich will jetzt niemanden beschuldigen, aber die Situation im Land zu dieser Zeit und nach dem Bürgerkrieg, am Vorabend des Bürgerkriegs, war unglaublich schwierig und kritisch. Alles, was ich heute sagen möchte, ist, dass es so war. Das ist eine historische Tatsache. Wie ich bereits gesagt habe, führte die bolschewistische Politik zur Entstehung der Sowjetukraine, die auch heute noch zu Recht als „Wladimir-Lenin-Ukraine“ bezeichnet werden kann. Er ist ihr Autor und Architekt. Dies wird durch Archivdokumente vollständig bestätigt, einschließlich Lenins strenger Direktiven für den Donbass, der buchstäblich in die Ukraine hineingepresst wurde. Und jetzt haben „dankbare Nachkommen“ Lenin-Denkmäler in der Ukraine abgerissen. Sie nennen es Entkommunisierung.

Wollen Sie die Entkommunisierung? Nun, wir sind sehr zufrieden damit. Aber wir dürfen nicht, wie man so schön sagt, auf halbem Weg stehen bleiben. Wir sind bereit, Ihnen zu zeigen, was eine echte Entkommunisierung für die Ukraine bedeutet.

Um auf die Geschichte zurückzukommen, möchte ich wiederholen, dass die UdSSR 1922 auf dem Gebiet des ehemaligen Russischen Reiches gegründet wurde. Das Leben selbst zeigte jedoch sofort, dass es unmöglich war, ein so großes und komplexes Gebiet zu erhalten oder es nach den vorgeschlagenen amorphen, quasi konföderativen Prinzipien zu regieren. Sie waren völlig losgelöst von der Realität und der historischen Tradition.

Es ist nur logisch, dass der Rote Terror und der rasche Übergang zu einer stalinistischen Diktatur, die Vorherrschaft der kommunistischen Ideologie und das Machtmonopol der Kommunistischen Partei, die Verstaatlichung und das Planwirtschaftssystem in der Praxis die erklärten, aber nicht umsetzbaren Prinzipien der Staatlichkeit zu einer bloßen Erklärung, einer Formalität machten. In Wirklichkeit hatten die Unionsrepubliken keinerlei Souveränitätsrechte, sie existierten einfach nicht. In der Praxis wurde ein streng zentralisierter, völlig einheitlicher Staat geschaffen.

Stalin hat in der Tat nicht Lenins, sondern genau seine eigenen Vorstellungen von Staatlichkeit in die Praxis umgesetzt. Aber er nahm nicht die entsprechenden Änderungen in den systematischen Dokumenten, in der Verfassung des Landes vor, überdachte nicht formell die verkündeten leninistischen Prinzipien für den Aufbau der UdSSR. Offensichtlich gab es dafür keinen Grund – alles funktionierte unter einem totalitären Regime und sah an der Oberfläche sehr schön, attraktiv und sogar superdemokratisch aus.

Dennoch ist es sehr schade, dass die abscheulichen, utopischen, von der Revolution inspirierten, aber für ein normales Land absolut zerstörerischen Fantasien nicht umgehend aus den grundlegenden, formell legalen Fundamenten entfernt wurden, auf denen unsere gesamte Staatlichkeit aufgebaut wurde. Niemand dachte an die Zukunft, wie es bei uns früher oft der Fall war.

Die Führer der Kommunistischen Partei schienen zu glauben, dass es ihnen gelungen sei, ein solides Regierungssystem zu bilden und dass sie die nationale Frage durch ihre Politik endgültig gelöst hätten. Aber Verfälschung, Ersetzung von Begriffen, Manipulation des öffentlichen Bewusstseins und Täuschung sind kostspielig. Der Bazillus des nationalistischen Ehrgeizes war nicht verschwunden, und die ursprüngliche Mine, die gelegt worden war, um die Immunität des Staates gegen die Ansteckung durch den Nationalismus zu untergraben, wartete nur darauf, zu explodieren. Diese Landmine, ich wiederhole, war das Recht, sich von der UdSSR abzuspalten.

Mitte der 1980er Jahre, als die sozioökonomischen Probleme zunahmen und die Krise der Planwirtschaft offensichtlich wurde, spitzte sich die nationale Frage immer mehr zu, und zwar nicht wegen der unerfüllten Erwartungen und Hoffnungen des sowjetischen Volkes, sondern wegen der wachsenden Begehrlichkeit der lokalen Eliten.

Doch statt einer gründlichen Analyse der Situation, der Ergreifung geeigneter Maßnahmen, vor allem in der Wirtschaft, sowie einer allmählichen, durchdachten und ausgewogenen Umgestaltung des politischen Systems und der Staatsstruktur beschränkte sich die KPdSU-Führung auf plakative Worte über die Wiederherstellung des leninistischen Prinzips der nationalen Selbstbestimmung.

Als sich der Machtkampf in der Kommunistischen Partei selbst entfaltete, begann jede der gegnerischen Seiten, unbedacht nationalistische Gefühle zu stimulieren, zu ermutigen und mit ihnen zu spielen, indem sie ihren potenziellen Anhängern alles versprachen, was sie wünschten. Inmitten einer oberflächlichen und populistischen Rhetorik über Demokratie und eine strahlende Zukunft, die auf der Grundlage einer Markt- oder Planwirtschaft aufgebaut wurde, aber unter den Bedingungen einer realen Verarmung und eines totalen Defizits, dachte niemand an der Macht an die unvermeidlichen tragischen Folgen für das Land.

Und dann folgten sie dem ausgetretenen Pfad der Befriedigung der Ambitionen nationalistischer Eliten, die in ihren eigenen Parteilinien genährt wurden, und vergaßen

dabei, dass die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU), Gott sei Dank, nicht mehr über solche Instrumente wie Staatsterror und eine Diktatur nach Art Stalins verfügte, um die Macht und das Land selbst zu halten. Und dass selbst die berüchtigte Führungsrolle der Partei wie ein Morgennebel vor ihren Augen spurlos verschwand.

Im September 1989 verabschiedete das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU ein im Grunde verhängnisvolles Dokument – die so genannte nationale Politik der Partei unter modernen Bedingungen, die KPdSU-Plattform. Sie enthielt die folgenden Bestimmungen, um zu zitieren: „Die Unionsrepubliken haben alle Rechte, die ihrem Status als souveräne sozialistische Staaten entsprechen.“

Ein weiterer Punkt: „Die obersten Vertretungsbehörden der Unionsrepubliken können gegen die Verfügungen und Anordnungen der Unionsregierung in ihrem Hoheitsgebiet Rechtsmittel einlegen und diese aussetzen.“

Und schließlich: „Jede Unionsrepublik hat ihre eigene Staatsbürgerschaft, die für alle ihre Einwohner gilt“.

War es nicht offensichtlich, wozu solche Formulierungen und Entscheidungen führen würden?

Dies ist weder der richtige Zeitpunkt noch der richtige Ort, um auf Fragen des Staats- oder Verfassungsrechts einzugehen und den Begriff der Staatsbürgerschaft zu definieren. Dennoch stellt sich die Frage: Warum musste das Land unter diesen ohnehin schon schwierigen Umständen noch weiter erschüttert werden? Es bleibt eine Tatsache.

Schon zwei Jahre vor dem Zusammenbruch der UdSSR war ihr Schicksal praktisch besiegelt. Jetzt sind es die Radikalen und Nationalisten, auch und vor allem in der Ukraine, die die Unabhängigkeit für sich reklamieren. Wie wir sehen können, ist dies nicht der Fall. Der Zusammenbruch unseres vereinigten Landes wurde durch historische, strategische Fehler der bolschewistischen Führer, der Führung der Kommunistischen Partei, verursacht, die zu verschiedenen Zeiten beim Staatsaufbau, in der Wirtschafts- und Nationalpolitik gemacht wurden. Sie haben den Zusammenbruch des historischen Russlands, der UdSSR, auf dem Gewissen.

Trotz all dieser Ungerechtigkeiten, des Betrugs und des offenen Raubes an Russland hat unser Volk, eben das Volk, die neuen geopolitischen Realitäten anerkannt, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR entstanden sind, hat die neuen unabhängigen Staaten anerkannt. Und nicht nur das – Russland selbst, das sich zu dieser Zeit in einer sehr schwierigen Lage befand, half seinen GUS-Partnern, einschließlich seiner ukrainischen Kollegen, von denen bereits zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung zahlreiche Ersuchen um materielle Unterstützung eingingen. Und unser Land hat diese Unterstützung unter Wahrung der Würde und Souveränität der Ukraine geleistet.

Nach Schätzungen von Experten, die durch eine einfache Berechnung unserer Energiepreise, des Volumens der Vorzugskredite sowie der Wirtschafts- und Handelspräferenzen, die Russland der Ukraine gewährt hat, bestätigt werden, belief sich der Gesamtnutzen für den ukrainischen Haushalt von 1991 bis 2013 auf etwa 250 Milliarden Dollar.

Aber das ist noch nicht alles. Ende 1991 beliefen sich die Schuldverpflichtungen der UdSSR gegenüber dem Ausland und internationalen Fonds auf rund 100 Milliarden Dollar. Ursprünglich war man davon ausgegangen, dass diese Darlehen von allen ehemaligen Sowjetrepubliken im Verhältnis zu ihrem wirtschaftlichen Potenzial solidarisch zurückgezahlt werden würden. Russland übernahm jedoch die gesamten sowjetischen Schulden und zahlte sie in voller Höhe zurück. Sie hat diesen Prozess 2017 abgeschlossen.

Im Gegenzug sollten die neuen unabhängigen Staaten auf einen Teil ihres sowjetischen Auslandsvermögens verzichten, was im Dezember 1994 mit der Ukraine vereinbart wurde. Kiew ratifizierte diese Abkommen jedoch nicht und weigerte sich später einfach, sie umzusetzen, und erhob Anspruch auf den Diamantenfonds, die Goldreserven sowie auf Immobilien und andere ehemalige sowjetische Vermögenswerte im Ausland.

Doch trotz der bekannten Probleme hat Russland immer offen, ehrlich und – ich wiederhole – unter Wahrung seiner Interessen mit der Ukraine zusammengearbeitet, und unsere Beziehungen haben sich in einer Vielzahl von Bereichen entwickelt. So betrug der bilaterale Handelsumsatz im Jahr 2011 mehr als 50 Milliarden US-Dollar. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Handelsvolumen der Ukraine mit allen EU-Ländern im Jahr 2019, d. h. noch vor der Pandemie, unter diesem Index lag.

Gleichzeitig war auffällig, dass die ukrainischen Behörden es vorzogen, so zu handeln, dass sie in den Beziehungen zu Russland alle Rechte und Vorteile, aber keine Verpflichtungen haben.

Anstelle von Partnerschaft herrschte Abhängigkeit, die von den offiziellen Stellen in Kiew zuweilen geradezu als Kavaliersdelikt empfunden wurde. Es genügt, an die ständige Erpressung im Bereich des Energietransits und den banalen Diebstahl von Gas zu erinnern.

Ich sollte noch hinzufügen, dass Kiew versucht hat, den Dialog mit Russland als Vorwand zu nutzen, um mit dem Westen zu verhandeln, ihn durch eine Annäherung an Moskau zu erpressen und Präferenzen für sich zu gewinnen: mit der Begründung, dass sonst der russische Einfluss in der Ukraine wachsen würde.

Gleichzeitig begannen die ukrainischen Behörden von Anfang an, und das möchte ich betonen, von den ersten Schritten an, ihre Staatlichkeit auf der Leugnung all dessen aufzubauen, was uns verbindet, sie versuchten, das Bewusstsein und das historische

Gedächtnis von Millionen von Menschen, ganzer Generationen, die in der Ukraine leben, zu entstellen. Es überrascht nicht, dass die ukrainische Gesellschaft mit dem Aufkommen eines extremen Nationalismus konfrontiert wurde, der schnell die Form von aggressiver Russophobie und Neonazismus annahm. Daher die Beteiligung ukrainischer Nationalisten und Neonazis an Terrorbanden im Nordkaukasus und die immer lauter werdenden territorialen Ansprüche gegenüber Russland.

Die externen Kräfte, die das ausgedehnte Netz von NGOs und Sonderdiensten nutzten, um ihre Klientel in der Ukraine zu pflegen und ihre Vertreter an die Macht zu bringen, trugen ebenfalls ihren Teil bei.

Es ist auch wichtig zu verstehen, dass es in der Ukraine im Grunde nie eine stabile Tradition echter Staatlichkeit gegeben hat. Seit 1991 ist sie den Weg der mechanischen Kopie fremder Modelle gegangen, losgelöst von der Geschichte und der ukrainischen Realität. Die politischen Institutionen des Staates wurden ständig umgestaltet, um den rasch aufstrebenden Clans mit ihren eigenen Interessen zu dienen, die nichts mit den Interessen der ukrainischen Bevölkerung zu tun haben.

Der ganze Sinn der sogenannten pro-westlichen zivilisatorischen Entscheidung der ukrainischen Oligarchenregierung war und ist nicht, bessere Bedingungen für das Wohlergehen des Volkes zu schaffen, sondern den geopolitischen Rivalen Russlands unterwürfig zu dienen und die von den Oligarchen auf westlichen Bankkonten gebundenen Milliarden von Dollar zu behalten.

Einige industrielle Finanzgruppen, die Parteien und Politiker, die sie übernommen haben, stützten sich zunächst auf Nationalisten und Radikale. Andere gaben Lippenbekenntnisse zu guten Beziehungen zu Russland und zur kulturellen und sprachlichen Vielfalt ab und kamen mit den Stimmen von Bürgern an die Macht, die solche Bestrebungen von ganzem Herzen unterstützten, darunter Millionen im Südosten.

Doch sobald sie im Amt waren, verrieten sie sofort ihre Wähler, ließen ihre Wahlversprechen fallen und setzten eine Politik auf Geheiß der Radikalen um, wobei sie manchmal ihre ehemaligen Verbündeten verfolgten – jene Organisationen der Zivilgesellschaft, die für Zweisprachigkeit und die Zusammenarbeit mit Russland eintraten. Sie machten sich die Tatsache zunutze, dass die Menschen, die sie unterstützten, in der Regel gesetzestreu sind, gemäßigte Ansichten haben, daran gewöhnt sind, den Behörden zu vertrauen, keine Aggressionen zeigen und im Gegensatz zu den Radikalen nicht zu illegalen Aktionen greifen.

Die Radikalen wiederum wurden immer unverschämter und ihre Beschwerden wurden von Jahr zu Jahr größer. Es fiel ihnen nicht schwer, einer schwachen Regierung, die selbst mit dem Virus des Nationalismus und der Korruption infiziert war, immer wieder ihren Willen aufzuzwingen und die wahren kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Volkes und die tatsächliche Souveränität der Ukraine geschickt durch

verschiedene Arten von Spekulationen mit nationalen Begründungen und fremden ethnografischen Merkmalen zu ersetzen.

Eine stabile Staatlichkeit ist in der Ukraine nicht entstanden, und die politischen und wahlrechtlichen Verfahren dienen nur als Deckmantel, als Schirm für die Umverteilung von Macht und Eigentum unter den verschiedenen Oligarchenclans.

Die Korruption, die zweifellos für viele Länder, auch für Russland, eine Herausforderung und ein Problem darstellt, hat in der Ukraine einen besonderen Charakter angenommen. Sie hat die ukrainische Staatlichkeit, das gesamte System, alle Zweige der Macht buchstäblich imprägniert und korrodiert. Radikale nutzten die berechtigte Unzufriedenheit der Menschen aus, sattelten die Proteste und führten den Maidan 2014 zu einem Staatsstreich. Dabei erhielten sie direkte Unterstützung aus dem Ausland.

Die materielle Unterstützung des so genannten Protestcamps auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew durch die US-Botschaft betrug Berichten zufolge eine Million Dollar pro Tag. Weitere sehr hohe Beträge wurden dreist direkt auf die Bankkonten der Oppositionsführer überwiesen. Und wir sprachen von mehreren zehn Millionen Dollar. Und wie viel haben die wirklich Verletzten, die Familien derjenigen, die bei den Zusammenstößen auf den Straßen und Plätzen von Kiew und anderen Städten ums Leben gekommen sind, am Ende bekommen? Es ist besser, nicht danach zu fragen.

Die Radikalen, die die Macht ergriffen hatten, organisierten eine Verfolgung, einen regelrechten Terror gegen diejenigen, die sich gegen verfassungsfeindliche Maßnahmen aussprachen. Politiker, Journalisten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurden verspottet und öffentlich gedemütigt. Die ukrainischen Städte wurden von einer Welle von Pogromen und Gewalt überrollt, einer Reihe von lauten und ungezügten Morden.

Die schreckliche Tragödie in Odessa, bei der friedliche Demonstranten im Gewerkschaftshaus brutal ermordet und lebendig verbrannt wurden, lässt einen erschauern. Die Verbrecher, die diese Gräueltat begangen haben, sind nicht bestraft worden und niemand sucht nach ihnen. Aber wir kennen ihre Namen und werden alles tun, um sie zu bestrafen, sie zu finden und vor Gericht zu stellen.

Der Maidan hat die Ukraine der Demokratie und dem Fortschritt nicht näher gebracht. Mit dem Staatsstreich brachten die Nationalisten und die sie unterstützenden politischen Kräfte die Situation endgültig zum Erliegen und stießen die Ukraine in den Abgrund des Bürgerkriegs. Acht Jahre nach diesen Ereignissen ist das Land geteilt. Die Ukraine befindet sich in einer akuten sozioökonomischen Krise.

Nach Angaben internationaler Organisationen waren im Jahr 2019 fast sechs Millionen Ukrainer – ich betone, das sind etwa 15 Prozent, nicht der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, sondern der Gesamtbevölkerung – gezwungen, das Land auf der Suche nach Arbeit im Ausland zu verlassen. In der Regel handelt es sich dabei um Gelegenheitsjobs mit geringer Qualifikation. Auch die folgende Tatsache ist bezeichnend: Seit

2020 haben mehr als 60.000 Ärzte und anderes Gesundheitspersonal das Land im Zusammenhang mit der Pandemie verlassen.

Seit 2014 sind die Wassertarife um fast ein Drittel, die Strompreise um das Doppelte und die Gaspreise um das Zehnfache gestiegen. Viele Menschen haben einfach nicht das Geld, um die Nebenkosten zu bezahlen, sie müssen buchstäblich überleben.

Was ist passiert? Warum geschieht das alles? Die Antwort liegt auf der Hand: Es liegt daran, dass die Mitgift, die nicht nur aus der Sowjetära, sondern auch aus dem Russischen Reich stammt, vergeudet und veruntreut wurde. Zehn- und Hunderttausende von Arbeitsplätzen, die den Menschen ein stabiles Einkommen boten und Steuern in die Staatskasse brachten, gingen verloren, auch durch die enge Zusammenarbeit mit Russland.

Industrien wie der Maschinen- und Instrumentenbau, die Elektronik, der Schiffbau und der Flugzeugbau sind entweder am Boden oder zerstört, obwohl sie nicht nur die Ukraine, sondern die gesamte Sowjetunion stolz gemacht haben.

Im Jahr 2021 wurde die Schwarzmeerwerft in Mykolajiw, in der zu Zeiten Katharinas der Großen die ersten Schiffswerften gebaut wurden, liquidiert. Der berühmte Antonow-Konzern hat seit 2016 kein einziges Flugzeug mehr produziert, und das auf die Herstellung von Raketen- und Raumfahrttausrüstung spezialisierte Juschmasch-Werk steht ebenso wie das Stahlwerk Kremenschuk kurz vor dem Bankrott. Diese traurige Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Das Gastransportsystem, das von der gesamten Sowjetunion aufgebaut wurde, ist so marode, dass sein Betrieb mit großen Risiken und Umweltkosten behaftet ist.

Und das wirft die Frage auf: Sind Armut, Hoffnungslosigkeit, Verlust des industriellen und technologischen Potenzials dieselbe pro-westliche Zivilisationsentscheidung, die seit Jahren Millionen von Menschen täuscht und ihnen das Paradies verspricht?

Im Grunde reduziert sich alles auf die Tatsache, dass der Zusammenbruch der ukrainischen Wirtschaft mit einer regelrechten Ausplünderung der Bürger einhergeht und die Ukraine selbst einfach unter externe Kontrolle gestellt wurde. Sie wurde nicht nur auf Geheiß westlicher Hauptstädte verwaltet, sondern auch vor Ort durch ein ganzes Netz ausländischer Berater, NGOs und anderer Institutionen, die in der Ukraine eingesetzt wurden. Sie haben direkten Einfluss auf alle wichtigen Personalentscheidungen, auf alle Zweige und Ebenen der Regierung, von der Zentralregierung bis zu den Kommunen, und auf die wichtigsten staatlichen Unternehmen und Konzerne, darunter Naftogaz, Ukrenergo, die Ukrainische Eisenbahn, Ukroboronprom, Ukrposhta und die ukrainische Seehafenverwaltung.

In der Ukraine gibt es einfach kein unabhängiges Gericht. Auf Ersuchen des Westens räumten die Kiewer Behörden Vertretern internationaler Organisationen Vorzugsrechte bei der Auswahl von Mitgliedern der höchsten Justizorgane – des Justizrats und der Richterqualifikationskommission – ein.

Darüber hinaus kontrolliert die US-Botschaft direkt die Nationale Agentur für Korruptionsprävention, das Nationale Antikorruptionsbüro, die Spezialisierte Antikorruptionsstaatsanwaltschaft und das Oberste Antikorruptionsgericht. All dies geschieht unter dem plausiblen Vorwand, die Korruptionsbekämpfung effektiver zu gestalten. Gut, ok, aber wo sind die Ergebnisse? Die Korruption steht in voller Blüte und gedeiht wie eh und je.

Sind den Ukrainern selbst all diese Managementmethoden bekannt? Ist ihnen klar, dass ihr Land nicht einmal unter politischem und wirtschaftlichem Protektorat steht, sondern auf das Niveau einer Kolonie mit einem Marionettenregime reduziert wurde? Die Privatisierung des Staates hat dazu geführt, dass die Behörden, die sich selbst als „Macht der Patrioten“ bezeichnen, ihren nationalen Charakter verloren haben und konsequent die vollständige Entsouveränisierung des Landes verfolgen.

Derussifizierung und Zwangsassimilierung gehen weiter. Die Werchowna Rada erlässt unablässig mehr und mehr diskriminierende Gesetze, und ein Gesetz über die so genannten indigenen Völker ist bereits in Kraft. Menschen, die sich als Russen verstehen und ihre Identität, ihre Sprache und ihre Kultur bewahren möchten, haben die klare Botschaft erhalten, dass sie in der Ukraine fremd sind.

Nach den Gesetzen über die Bildung und das Funktionieren der ukrainischen Sprache als Staatssprache ist das Russische aus den Schulen, aus allen öffentlichen Bereichen bis hin zu gewöhnlichen Geschäften verbannt. Das Gesetz über die so genannte Lustration, die „Säuberung“ der Macht, ermöglichte es, unliebsame Beamte zu entlassen.

Gesetze, die den ukrainischen Strafverfolgungsbehörden Anlass zur rigorosen Unterdrückung der Meinungsfreiheit und abweichender Meinungen sowie zur Verfolgung der Opposition geben, werden entworfen. Die traurige Praxis einseitiger illegitimer Sanktionen gegen andere Staaten, ausländische natürliche und juristische Personen ist weltweit bekannt. Die Ukraine hat ihre westlichen Handlanger übertrumpft und ein solches Instrument wie Sanktionen gegen ihre eigenen Bürger, Unternehmen, Fernsehsender, andere Medien und sogar Parlamentsmitglieder erfunden.

Auch die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats wird in Kiew weiterhin massakriert. Und dies ist keine emotionale Einschätzung, sondern konkrete Entscheidungen und Dokumente belegen dies. Die ukrainischen Behörden haben die Tragödie der Kirchenspaltung auf zynische Weise zu einem Instrument der Staatspolitik gemacht. Die derzeitige Führung des Landes reagiert nicht auf die Bitten der Bürger der Ukraine, die Gesetze aufzuheben, die die Rechte der Gläubigen verletzen. Außerdem wurden in der Rada neue Gesetzesentwürfe gegen den Klerus und Millionen von Gemeindemitgliedern der ukrainisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats registriert.

Ich möchte gesondert auf die Krim zu sprechen kommen. Die Menschen auf der Halbinsel haben sich aus freien Stücken für die Zugehörigkeit zu Russland entschieden.

Die Behörden in Kiew haben diesem klaren und eindeutigen Willen des Volkes nichts entgegenzusetzen und setzen daher auf aggressive Aktionen, auf die Aktivierung extremistischer Zellen, einschließlich radikal-islamischer Organisationen, auf die Entsendung subversiver Gruppen zur Durchführung von Terroranschlägen auf kritische Infrastrukturen und die Entführung russischer Bürger. Wir haben direkte Beweise dafür, dass solche aggressiven Aktionen mit der Unterstützung ausländischer Spezialdienste durchgeführt werden.

Im März 2021 hat die Ukraine eine neue Militärstrategie verabschiedet. Dieses Dokument ist fast ausschließlich der Konfrontation mit Russland gewidmet und zielt darauf ab, ausländische Staaten in einen Konflikt mit unserem Land zu ziehen. Die Strategie sieht vor, auf der Krim und im Donbass eine Art terroristischen Untergrund zu organisieren. Sie umreißt auch die Konturen des zu erwartenden Krieges, der nach Ansicht der heutigen Strategen in Kiew – ich zitiere weiter – „mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu für die Ukraine günstigen Bedingungen“ enden soll.

Und auch, wie es Kiew heute ausdrückt – und ich zitiere auch hier, hören Sie bitte genauer hin – „mit der militärischen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft in der geopolitischen Konfrontation mit der Russischen Föderation“. In Wirklichkeit handelt es sich um nichts anderes als um die Vorbereitung von Militäraktionen gegen unser Land – gegen Russland.

Wir wissen auch, dass es bereits Erklärungen gab, dass die Ukraine ihre eigenen Atomwaffen bauen wird, und das ist keine leere Angeberei. Die Ukraine verfügt über sowjetische Nukleartechnologie und die Trägermittel für diese Waffen, darunter Flugzeuge und Tochka-U-Raketen, ebenfalls sowjetischer Bauart, mit einer Reichweite von über 100 Kilometern. Aber sie werden mehr schaffen, das ist nur eine Frage der Zeit. Es gibt Know-how aus der Sowjetzeit.

So wird es für die Ukraine viel einfacher sein, in den Besitz von taktischen Atomwaffen zu gelangen als für einige andere Staaten – ich will sie jetzt nicht nennen –, die solche Entwicklungen tatsächlich durchführen, insbesondere im Falle technologischer Unterstützung aus dem Ausland. Und auch das dürfen wir nicht ausschließen.

Wenn die Ukraine in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kommt, wird sich die Lage in der Welt, in Europa, insbesondere für uns, für Russland, dramatisch verändern. Wir können nicht anders als auf diese reale Gefahr zu reagieren, vor allem nicht darauf, dass westliche Schirmherren das Auftauchen solcher Waffen in der Ukraine erleichtern könnten, um eine weitere Bedrohung für unser Land zu schaffen. Wir können sehen, wie hartnäckig das militärische Aufrüsten des Kiewer Regimes durchgeführt wird.

Allein die Vereinigten Staaten haben seit 2014 Milliarden von Dollar für diesen Zweck bereitgestellt, darunter Waffen, Ausrüstung und Spezialtraining. In den letzten Monaten sind ständig westliche Waffen in die Ukraine geliefert worden, demonstrativ und

vor den Augen der ganzen Welt. Die ukrainischen Streitkräfte und Sicherheitsdienste werden von ausländischen Beratern geführt, das ist uns wohl bekannt.

In den letzten Jahren waren Militärkontingente aus NATO-Ländern unter dem Vorwand von Übungen fast ständig auf ukrainischem Gebiet präsent. Das Kommando- und Kontrollsystem der ukrainischen Truppen wurde bereits in die NATO-Truppen integriert. Dies bedeutet, dass das Kommando über die ukrainischen Streitkräfte, auch über einzelne Einheiten und Untereinheiten, direkt vom NATO-Hauptquartier aus ausgeübt werden kann.

Die USA und die NATO haben damit begonnen, das ukrainische Territorium schamlos als Schauplatz möglicher Militäroperationen zu erschließen. Die regelmäßigen gemeinsamen Übungen sind eindeutig antirussisch ausgerichtet. Allein im letzten Jahr waren mehr als 23.000 Soldaten und mehr als tausend Ausrüstungsgegenstände daran beteiligt.

Es wurde bereits ein Gesetz über die Teilnahme von Streitkräften aus anderen Ländern an multinationalen Übungen verabschiedet. Es ist klar, dass es sich in erster Linie um NATO-Truppen handelt. Für dieses Jahr sind mindestens zehn solcher gemeinsamen Manöver geplant.

Es liegt auf der Hand, dass solche Ereignisse als Deckmantel für die rasche Aufrüstung des NATO-Militärverbands in der Ukraine dienen. Dies gilt umso mehr, als das mit Hilfe der Amerikaner ausgebaute Netz von Flugplätzen – Boryspil, Iwano-Frankiwsk, Tschugujew, Odessa usw. – die Verlegung von Militäreinheiten in kürzester Zeit gewährleisten kann. Der ukrainische Luftraum ist offen für Flüge von US-Strategie- und Aufklärungsflugzeugen und Drohnen, die zur Überwachung des russischen Territoriums eingesetzt werden.

Ich möchte hinzufügen, dass das von den Amerikanern errichtete Maritime Operations Center in Otschakow es ermöglicht, die Aktionen der NATO-Schiffe zu unterstützen, einschließlich ihres Einsatzes von Präzisionswaffen gegen die russische Schwarzmeerflotte und unsere Infrastruktur an der gesamten Schwarzmeerküste.

Einst wollten die USA ähnliche Einrichtungen auf der Krim errichten, doch die Krimbewohner und die Einwohner von Sewastopol durchkreuzten diese Pläne. Daran werden wir uns immer erinnern.

Ich wiederhole, heute wird ein solches Zentrum eingerichtet, es wurde bereits in Otschakow eingerichtet. Ich möchte Sie daran erinnern, dass im XVIII. Jahrhundert Soldaten von Alexander Suworow für diese Stadt kämpften. Ihrem Mut ist es zu verdanken, dass sie ein Teil Russlands wurde. Zur gleichen Zeit, im XVIII. Jahrhundert, wurden die Schwarzmeerländer, die infolge der Kriege mit dem Osmanischen Reich an Russland angegliedert worden waren, Noworossija genannt.

Heute sind diese Meilensteine der Geschichte in Vergessenheit geraten, ebenso wie die Namen von Staatsmännern des Russischen Reiches, ohne deren Einsatz viele

große Städte und sogar der Zugang zum Schwarzen Meer in der modernen Ukraine nicht existieren würden.

Vor kurzem wurde das Denkmal für Alexander Suworow in Poltawa abgerissen. Was soll man dazu sagen? Leugnen sie ihre eigene Vergangenheit? Aus dem so genannten kolonialen Erbe des russischen Imperiums? Nun, dann seien sie hier konsequent.

Ich möchte darauf hinweisen, dass Artikel 17 der ukrainischen Verfassung die Einrichtung ausländischer Militärstützpunkte auf dem ukrainischen Staatsgebiet nicht zulässt. Es stellte sich jedoch heraus, dass dies nur eine Konvention ist, die leicht umgangen werden kann.

Die NATO-Staaten haben Ausbildungsmissionen in die Ukraine entsandt. In der Tat handelt es sich bereits um ausländische Militärstützpunkte. Nennen Sie die Basis einfach „Mission“ und fertig.

Kiew hat seit langem einen strategischen Kurs in Richtung NATO-Mitgliedschaft verkündet. Ja, natürlich hat jedes Land das Recht, sein eigenes Sicherheitssystem zu wählen und Militärbündnisse einzugehen. Und es sieht auch so aus, wenn da nicht ein „aber“ wäre. In internationalen Dokumenten ist ausdrücklich der Grundsatz der gleichen und unteilbaren Sicherheit verankert, der bekanntlich die Verpflichtung beinhaltet, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu stärken. Ich kann hier auf die 1999 in Istanbul verabschiedete OSZE-Charta für europäische Sicherheit und die OSZE-Erklärung von Astana 2010 verweisen.

Mit anderen Worten: Die Wahl der Sicherheit darf keine Bedrohung für andere Staaten darstellen, und der Beitritt der Ukraine zur NATO ist eine direkte Bedrohung für die Sicherheit Russlands.

Ich erinnere daran, dass die USA im April 2008 auf dem Bukarester Gipfel des Nordatlantischen Bündnisses die Entscheidung durchgesetzt haben, dass die Ukraine und übrigens auch Georgien Mitglieder der NATO werden. Viele europäische Verbündete der USA waren sich bereits aller Risiken einer solchen Perspektive bewusst, mussten sich aber dem Willen ihres Seniorpartners beugen. Die Amerikaner haben sie einfach dazu benutzt, eine eindeutig antirussische Politik zu verfolgen.

Eine Reihe von Mitgliedstaaten des Bündnisses stehen einem NATO-Beitritt der Ukraine schon jetzt sehr skeptisch gegenüber. Gleichzeitig erhalten wir ein Signal aus einigen europäischen Hauptstädten, das besagt: „Worüber macht ihr euch Sorgen? Es wird nicht buchstäblich morgen passieren“. Tatsächlich sprechen auch unsere amerikanischen Partner darüber. „OK“, sagen wir, „nicht morgen, aber übermorgen.“ Was ändert sich dadurch in der historischen Perspektive? Im Grunde genommen nichts.

Außerdem kennen wir den Standpunkt und die Worte der Führung der Vereinigten Staaten, dass die aktiven Feindseligkeiten in der Ostukraine die Möglichkeit eines NATO-Beitritts dieses Landes nicht ausschließen, wenn es die Kriterien des Nordatlantischen Bündnisses erfüllen und die Korruption besiegen kann.

Gleichzeitig versuchen sie immer wieder, uns davon zu überzeugen, dass die NATO ein friedliebendes und rein defensives Bündnis ist. Sie sagen, dass es keine Bedrohung für Russland gibt. Auch hier schlagen sie vor, dass wir sie beim Wort nehmen. Aber wir kennen den wahren Preis solcher Worte.

Als 1990 die Frage der deutschen Wiedervereinigung erörtert wurde, wurde der sowjetischen Führung von den Vereinigten Staaten zugesagt, dass die Zuständigkeit und die militärische Präsenz der NATO nicht einen Zentimeter nach Osten ausgedehnt werden würden. Und dass die deutsche Wiedervereinigung nicht zu einer Ausdehnung der militärischen Organisation der NATO nach Osten führen würde. Das ist ein Zitat.

Sie haben geredet, mündliche Zusicherungen gemacht, und es hat sich alles als nichts herausgestellt. Später wurde uns versichert, dass die NATO-Mitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Länder die Beziehungen zu Moskau nur verbessern, diese Länder von der Angst vor einem schweren historischen Erbe befreien und vor allem einen Gürtel von Staaten schaffen würde, die Russland freundlich gesinnt sind.

Es hat sich genau das Gegenteil herausgestellt. Die Behörden einiger osteuropäischer Länder, die mit ihrer Russophobie hausieren gingen, brachten ihre Komplexe und Stereotypen über die russische Bedrohung in das Bündnis ein und drängten auf den Aufbau kollektiver Verteidigungsfähigkeiten, die in erster Linie gegen Russland eingesetzt werden sollten. Und dies geschah in den 1990er und frühen 2000er Jahren, als sich die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen dank der Offenheit und unseres guten Willens auf einem hohen Niveau befanden.

Russland erfüllte alle seine Verpflichtungen, einschließlich des Truppenabzugs aus Deutschland und aus den mittel- und osteuropäischen Staaten, und leistete damit einen großen Beitrag zur Überwindung des Erbes des Kalten Krieges. Wir haben stets verschiedene Möglichkeiten der Zusammenarbeit angeboten, auch im Rahmen des NATO-Russland-Rates und der OSZE.

Außerdem werde ich jetzt etwas sagen, was ich noch nie öffentlich gesagt habe, ich werde es zum ersten Mal sagen. Im Jahr 2000, als der scheidende US-Präsident Bill Clinton Moskau besuchte, fragte ich ihn: „Was würde Amerika davon halten, Russland in die NATO aufzunehmen?“

Ich werde nicht alle Einzelheiten dieses Gesprächs preisgeben, aber die Reaktion auf meine Frage war, sagen wir, sehr zurückhaltend, und die Art und Weise, wie die Amerikaner auf diese Möglichkeit reagierten, zeigt sich in der Tat in ihren praktischen Schritten gegenüber unserem Land. Dazu gehören die offene Unterstützung von Terroristen im Nordkaukasus, eine ablehnende Haltung gegenüber unseren Forderungen und Sicherheitsbedenken im Bereich der NATO-Erweiterung, der Ausstieg aus dem ABM-Vertrag und so weiter. Da fragt man sich: Warum, wozu das alles? Gut, sie wollen uns nicht als Freund und Verbündeten sehen, aber warum sollten sie sich einen Feind aus uns machen?

Es gibt nur eine Antwort: Es liegt nicht an unserem politischen Regime oder an etwas anderem, sie brauchen einfach kein so großes unabhängiges Land wie Russland. Das ist die Antwort auf alle Fragen. Sie ist die Quelle der traditionellen amerikanischen Russlandpolitik. Daher auch die Einstellung zu allen unseren Sicherheitsvorschlägen.

Heute genügt ein Blick auf die Landkarte, um zu sehen, wie die westlichen Staaten ihr Versprechen, der NATO den Vormarsch nach Osten zu verwehren, „eingehalten“ haben. Einfach betrogen. Wir haben fünf Erweiterungswellen der NATO erlebt, eine nach der anderen. Im Jahr 1999 wurden Polen, die Tschechische Republik und Ungarn in das Bündnis aufgenommen, 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien, 2009 Albanien und Kroatien, 2017 Montenegro und 2020 Nordmazedonien.

Infolgedessen kam das Bündnis mit seiner militärischen Infrastruktur direkt an die Grenzen Russlands. Dies war eine der Hauptursachen für die Sicherheitskrise in Europa und hatte sehr negative Auswirkungen auf das gesamte System der internationalen Beziehungen, was zu einem Verlust des gegenseitigen Vertrauens führte.

Die Lage verschlechtert sich weiter, auch im strategischen Bereich. So werden beispielsweise in Rumänien und Polen im Rahmen des globalen US-Raketenabwehrprojekts Positionierungsbereiche für Raketenabwehrraketen eingerichtet. Es ist bekannt, dass die dort platzierten Abschussvorrichtungen für Tomahawk-Marschflugkörper, d.h. für offensive Angriffssysteme, verwendet werden können.

Darüber hinaus entwickeln die USA eine universelle Standard-6-Rakete, die nicht nur die Probleme der Luft- und Raketenabwehr löst, sondern auch oberirdische und Bodenziele treffen kann. Mit anderen Worten: Das vermeintlich defensive US-Raketenabwehrsystem wird ausgebaut und es entstehen neue offensive Fähigkeiten.

Die uns vorliegenden Informationen geben uns allen Grund zu der Annahme, dass der Beitritt der Ukraine zur NATO und die anschließende Stationierung von Einrichtungen des Nordatlantikbündnisses in der Ukraine eine ausgemachte Sache ist und nur eine Frage der Zeit. Wir sind uns darüber im Klaren, dass in einem solchen Szenario die militärische Bedrohung für Russland um ein Vielfaches zunehmen wird. Und ich weise besonders darauf hin, dass die Gefahr eines Überraschungsangriffs auf unser Land um ein Vielfaches steigen wird.

Ich möchte klarstellen, dass die amerikanischen strategischen Planungsdokumente (Dokumente!) die Möglichkeit eines so genannten Präventivschlags gegen feindliche Raketensysteme vorsehen. Und wir wissen auch, wer der Hauptgegner der USA und der NATO ist. Es ist Russland. In den NATO-Dokumenten wird unser Land offiziell direkt zur größten Bedrohung der euro-atlantischen Sicherheit erklärt. Und die Ukraine wird als Sprungbrett für einen solchen Schlag dienen. Wenn unsere Vorfahren davon gehört hätten, hätten sie es wahrscheinlich nicht geglaubt. Und wir wollen es heute

nicht glauben, aber es ist wahr. Ich möchte, dass es sowohl in Russland als auch in der Ukraine verstanden wird.

Viele ukrainische Flugplätze liegen in der Nähe unserer Grenzen. Die hier stationierten taktischen NATO-Flugzeuge, einschließlich hochpräziser Waffenträger, werden in der Lage sein, unser Gebiet bis nach Wolgograd - Kasan - Samara - Astrachan zu treffen. Die Stationierung von Radaraufklärungsgeräten auf ukrainischem Gebiet wird es der NATO ermöglichen, den russischen Luftraum bis zum Ural streng zu kontrollieren.

Nachdem die Vereinigten Staaten den Vertrag über Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen gebrochen haben, entwickelt das Pentagon bereits eine Reihe von bodengestützten Angriffswaffen, darunter ballistische Raketen, die Ziele in einer Entfernung von bis zu 5.500 Kilometern erreichen können. Wenn solche Systeme in der Ukraine eingesetzt werden, können sie Ziele im gesamten europäischen Gebiet Russlands sowie jenseits des Urals treffen. Tomahawk-Marschflugkörper bräuchten weniger als 35 Minuten, um Moskau zu erreichen, 7-8 Minuten für ballistische Raketen aus der Region Charkow und 4-5 Minuten für Hyperschallschläge.

Das nennt man direkt ein Messer an der Kehle. Und ich habe keinen Zweifel daran, dass sie diese Pläne genauso umsetzen werden, wie sie es in den vergangenen Jahren wiederholt getan haben, indem sie die NATO nach Osten ausdehnen und militärische Infrastruktur und Ausrüstung an die russischen Grenzen verlagern, wobei sie unsere Bedenken, Proteste und Warnungen völlig ignorieren. Tut mir leid, sie ignorieren uns (im Original eher „spucken auf uns“, Anm. d. Red.) und sie tun, was sie wollen, was sie für richtig halten.

Und natürlich erwarten sie auch, dass sie sich weiterhin nach dem bekannten (russischen) Sprichwort verhalten: „Der Hund bellt, die Karawane zieht weiter“. Lassen Sie mich gleich sagen, dass wir dem nicht zugestimmt haben und dies auch nie tun werden. Gleichzeitig war und ist Russland immer dafür, die komplexesten Probleme mit politischen und diplomatischen Mitteln am Verhandlungstisch zu lösen.

Wir sind uns unserer großen Verantwortung für die regionale und globale Stabilität bewusst. Bereits 2008 hat Russland eine Initiative zum Abschluss eines Europäischen Sicherheitsvertrags vorgelegt. Die Kernaussage war, dass kein Staat und keine internationale Organisation im euro-atlantischen Raum seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer stärken kann. Unser Vorschlag wurde jedoch von Anfang an abgelehnt: Sie konnten nicht zulassen, dass Russland die Aktivitäten der NATO einschränkt.

Außerdem wurde uns ausdrücklich gesagt, dass nur Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses rechtsverbindliche Sicherheitsgarantien haben können.

Im vergangenen Dezember haben wir unseren westlichen Partnern den Entwurf eines Abkommens zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von

Amerika über Sicherheitsgarantien sowie den Entwurf eines Abkommens über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation und der NATO-Mitgliedstaaten übermittelt.

Die Antwort der Vereinigten Staaten und der NATO bestand aus vielen gemeinsamen Worten. Es gab zwar einige vernünftige Argumente, doch ging es dabei um zweitrangige Themen, und es sah aus wie ein Versuch, von der Diskussion abzulenken.

Wir haben dementsprechend geantwortet und betont, dass wir bereit sind, den Weg der Verhandlungen zu gehen, allerdings unter der Bedingung, dass alle Fragen als ein Paket betrachtet werden, als ein Paket, ohne sie von den grundlegenden russischen Vorschlägen zu trennen. Und diese enthalten drei wichtige Punkte: Der erste ist die Verhinderung einer weiteren NATO-Erweiterung. Die zweite ist die Weigerung, dem Bündnis die Stationierung von Schockwaffensystemen an den Grenzen Russlands zu gestatten. Und schließlich eine Rückführung der militärischen Fähigkeiten und der Infrastruktur des Blocks in Europa auf den Stand von 1997, als die NATO-Russland-Grundakte unterzeichnet wurde.

Genau das sind unsere prinzipiellen Vorschläge, die ignoriert wurden. Unsere westlichen Partner haben, ich wiederhole es, wieder einmal die abgedroschene Formulierung geäußert, dass jeder Staat das Recht hat, frei zu entscheiden, wie er seine Sicherheit gewährleisten will, und sich beliebigen Militärbündnissen und Allianzen anzuschließen. Mit anderen Worten: An ihrer Position hat sich nichts geändert, und es wird immer wieder auf die berüchtigte „Politik der offenen Tür“ der NATO verwiesen. Außerdem versuchen sie, uns erneut zu erpressen, indem sie uns erneut mit Sanktionen drohen, die sie im Übrigen auch dann noch verhängen werden, wenn Russlands Souveränität und die Macht unserer Streitkräfte zunehmen.

Und der Vorwand für einen weiteren Sanktionsangriff wird immer gefunden oder einfach erfunden werden, unabhängig von der Lage in der Ukraine. Das Ziel ist das gleiche – die Entwicklung zu unterdrücken. Und sie werden es tun, so wie sie es schon früher getan haben, sogar ohne jeglichen formalen Vorwand, weil wir unsere Souveränität, unsere nationalen Interessen und unsere Werte niemals gefährden werden.

Ich möchte klar und deutlich sagen, dass Russland in der gegenwärtigen Situation, in der unsere Vorschläge für einen gleichberechtigten Dialog über grundsätzliche Fragen von den Vereinigten Staaten und der NATO praktisch unbeantwortet geblieben sind, in der das Ausmaß der Bedrohungen für unser Land erheblich zunimmt, jedes Recht hat, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um seine eigene Sicherheit zu gewährleisten. Genau das werden wir tun.

Was die Lage im Donbass betrifft, so ist festzustellen, dass die Führungsspitze in Kiew ständig öffentlich erklärt, dass sie nicht bereit ist, das Minsker Maßnahmenpaket zur Beilegung des Konflikts umzusetzen, und dass sie nicht an einer friedlichen Lösung interessiert ist. Im Gegenteil, sie versuchen erneut, einen Blitzkrieg im Donbass zu

organisieren, wie sie es bereits 2014 und 2015 getan haben. Wir wissen noch, wie diese Abenteuer damals endeten.

Inzwischen vergeht praktisch kein Tag mehr, an dem nicht Städte und Dörfer im Donbass beschossen werden. Eine große Gruppe von Truppen setzt ständig Angriffsdrohnen, schweres Gerät, Raketen, Artillerie und Mehrfachraketen-Systeme ein. Die Tötung von Zivilisten, die Blockade, die Misshandlung von Menschen, einschließlich Kindern, Frauen und älteren Menschen, geht unvermindert weiter. Wie wir hier sagen, ein Ende ist nicht in Sicht.

Und die sogenannte zivilisierte Welt, zu deren einzigen Vertretern sich unsere westlichen Kollegen selbst ernannt haben, zieht es vor, dies nicht zur Kenntnis zu nehmen, als gäbe es diesen ganzen Horror, den Völkermord, dem fast vier Millionen Menschen ausgesetzt sind, nicht, und das nur, weil diese Menschen mit dem vom Westen unterstützten Putsch in der Ukraine im Jahr 2014 nicht einverstanden waren und sich der gesteigerten staatlichen Bewegung hin zu einem höhlenartigen und aggressiven Nationalismus und Neonazismus widersetzen. Und sie kämpfen für ihre elementaren Rechte – in ihrem eigenen Land zu leben, ihre eigene Sprache zu sprechen, ihre Kultur und Traditionen zu bewahren.

Wie lange kann diese Tragödie noch andauern? Wie lange können wir das noch ertragen? Russland hat alles getan, um die territoriale Integrität der Ukraine zu wahren, und hat all die Jahre hart und geduldig für die Umsetzung der Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrats vom 17. Februar 2015 gekämpft, in der das Minsker Maßnahmenpaket vom 12. Februar 2015 zur Lösung der Lage im Donbass verankert ist.

Alles umsonst. Präsidenten und Abgeordnete der Rada wechseln, aber das Wesen und der aggressive, nationalistische Charakter des Regimes, das in Kiew die Macht übernommen hat, ändert sich nicht. Sie ist ausschließlich ein Produkt des Staatsstreichs von 2014, und diejenigen, die den Weg der Gewalt, des Blutvergießens und der Gesetzlosigkeit eingeschlagen haben, haben keine andere Lösung der Donbass-Frage als eine militärische anerkannt und werden dies auch in Zukunft nicht tun.

In diesem Zusammenhang halte ich es für notwendig, eine längst überfällige Entscheidung zu treffen – die Unabhängigkeit und Souveränität der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Luhansk unverzüglich anzuerkennen.

Ich bitte die Föderale Versammlung der Russischen Föderation, diese Entscheidung zu unterstützen und dann die Verträge über Freundschaft und gegenseitigen Beistand mit beiden Republiken zu ratifizieren. Diese beiden Dokumente werden in naher Zukunft ausgearbeitet und unterzeichnet.

Und von denjenigen, die in Kiew die Macht übernommen haben und halten, fordern wir die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten. Andernfalls wird die Verantwortung für die mögliche Fortsetzung des Blutvergießens allein auf dem Gewissen des Regimes liegen, das das ukrainische Hoheitsgebiet regiert.

Bei der Bekanntgabe der heute gefassten Beschlüsse vertraue ich auf die Unterstützung der Bürger Russlands und aller patriotischen Kräfte des Landes.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.